



Martin Assenmacher

Grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen in der Europäischen Union

Patientenmobilität unter Geltung der Richtlinie 2011/24/EU

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht, Band 328

262 Seiten, 2015

Print: <978-3-428-14697-0> € 89,90

E-Book: <978-3-428-54697-8> € 79,90

Print & E-Book: <978-3-428-84697-9> € 107,90

Die Arbeit widmet sich der Patientenmobilität, deren Rechtsentwicklung mit den grundlegenden EuGH-Urteilen Decker und Kohll im Jahr 1998 ihren Anfang nahm und in dem Erlass der RL 2011/24/EU ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Die auf der Auslegung der Dienstleistungs- und Warenverkehrsfreiheit beruhende Rechtsprechung führte zu beachtlichen Fortbildungen im Recht der Grundfreiheiten und sah sich von Beginn an dem schwerwiegenden Vorwurf ausgesetzt, die mitgliedstaatliche Souveränität im Bereich der Gesundheitsversorgung zu unterlaufen. Die Arbeit erfasst das dreischichtige unionsrechtliche Regelungsgefüge bestehend aus Grundfreiheiten, RL 2011/24/EU sowie VO (EG) Nr. 883/2004 und untersucht die zugrundeliegenden grundfreiheits- und kompetenzdogmatischen Fragestellungen. Bei der Überprüfung der Umsetzung der Vorgaben in das deutsche SGB V werden einzelne Umsetzungsdefizite aufgezeigt. Abschließend blickt die Arbeit auf tatsächliche und ökonomische Aspekte der Patientenmobilität.

Inhalt

Einleitung

1. Der grundfreiheitliche Kostenerstattungsanspruch:

Die entschiedenen Rechtssachen — Anwendbarkeit der Grundfreiheiten — Die Schutzbereiche der Dienstleistungs- und Warenverkehrsfreiheit — Beeinträchtigungen der Grundfreiheiten — Rechtfertigung einer Beeinträchtigung — Rechtsfolge des Verstoßes gegen die Grundfreiheiten — Fazit zur Rechtsprechung des EuGH

2. Die Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung: Der Weg zum Erlass der Richtlinie — Der Regelungsgehalt der Richtlinie im Lichte der EuGH-Rechtsprechung — Die Rechtsetzungskompetenz der Europäischen Union — Fazit zur Richtlinie 2011/24/EU

3. Das Verwaltungsrecht zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit im unionsrechtlichen Regelungsgefüge: Die Hintergründe der Sozialrechtskoordinierung — Die Regelungen zu Leistungen bei Krankheit der VO (EG) Nr. 883/2004 —

Das Regelungsgefüge aus Verwaltungsrecht und Kostenerstattungsanspruch — Fazit zum unionsrechtlichen Regelungsgefüge

4. Die Auswirkungen des Unionsrechts auf das deutsche Recht der gesetzlichen Krankenversicherung:

Das deutsche Recht der gesetzlichen Krankenversicherung im Lichte des Unionsrechts — Konflikte des Kostenerstattungsanspruchs mit den Strukturprinzipien — Auswirkungen auf das Leistungserbringungsrecht — Fazit zu den Auswirkungen des Unionsrechts

5. Potentiale der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung: Tatsächlicher Befund — Ökonomische Potentiale

Thesen

Literatur- und Sachwortverzeichnis